



## Grundsatzprogramm

### Gliederung

- Präambel
- Grundsätze
- Ziele und Aufgaben
- Struktur und Zusammenarbeit

### Präambel

Der Verband binationaler Familien und Partnerschaften iaf e.V. arbeitet seit 1972.<sup>1</sup> Er setzt sich ein für die Interessen und Belange binationaler/ bikultureller Paare und Familien sowie für alle Menschen, die in interkulturellen Zusammenhängen in Deutschland leben. Er fordert die Einhaltung ihrer Grund- und Menschenrechte, sofern sie durch soziale und strukturelle Diskriminierung und Rassismus eingeschränkt werden.

Gesellschaftliche und politische Entwicklungen wirken sich auf das interkulturelle Zusammenleben aus und verändern familiäre Lebensformen. Kulturelle Pluralität kennzeichnet moderne Einwanderungsgesellschaften. Sie ist Ausdruck des Wandels und Folge einer zunehmenden Mobilität.

Motivation und Handlungsleitlinie des Verbandes ist es daher, das interkulturelle Zusammenleben gleichberechtigt und zukunftsweisend zu gestalten.

### Grundsätze

Unsere Zielgruppen sind Menschen in interkulturellen Lebenswelten. Dazu gehören Paare unterschiedlicher Staatsangehörigkeit – auch gleichgeschlechtliche –, eingewanderte Familien mit und ohne deutschen Pass, Alleinerziehende mit bikulturellen Kindern sowie Personen, die unterschiedliche kulturelle Einflüsse in ihrer Biografie vereinen.

Sie alle sind Teil der Bevölkerung Deutschlands. Die Berücksichtigung der besonderen Belange ihrer Lebenswelt ist für uns ein Maßstab für politisches und gesellschaftliches Handeln:

- Wir setzen uns ein für die politische Partizipation als demokratisches Recht, für die Berücksichtigung interkultureller Kompetenzen sowie die Förderung spezifischer kultureller und sprachlicher Ressourcen in allen gesellschaftlichen Bereichen.
- Wir verstehen uns als interkultureller Verband für Paare und Familien, der mit seinen Kenntnissen und Erfahrungen an den Schnittstellen von Familien-, Bildungs- und Integrationspolitik wirkt.

---

<sup>1</sup> Der Verein wurde als „Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten deutschen Frauen (iaf)“ gegründet.

- Wir sehen die freie Partner/innenwahl als ein garantiertes Menschenrecht. Die Familie als Ort emotionaler Bindung und gegenseitiger Verantwortung ist grundrechtlich geschützt. Zuwanderungsregelungen, die Partnerwahl und Familienformen einschränken, halten wir für unzulässig.
- Wir lehnen jede Art struktureller und sozialer Diskriminierung und die vielfältigen Formen von Rassismus entschieden ab. Menschen müssen ungeachtet ihrer Hautfarbe, ihres Geschlechts und ihrer sexuellen Orientierung, ihrer kulturellen oder sozialen Herkunft und ihrer Religion gleichberechtigt, anerkannt und ohne Angst in Deutschland leben können.
- Wir arbeiten aus sozialer Verantwortung und interkulturell. Wir arbeiten von Parteien und Religionsgemeinschaften unabhängig.
- Unsere politischen Haltungen sowie unsere professionellen Dienstleistungen basieren auf der Grundlage qualifizierten Wissens und langjähriger reflektierter Erfahrungen.

## Ziele und Aufgaben

### ***Die interkulturelle Öffnung aller gesellschaftlichen Bereiche ist uns ein besonderes Anliegen***

Einrichtungen der öffentlichen Verwaltung, der Bildung, der Beratung und Pflege berücksichtigen die Heterogenität ihrer Zielgruppen nach wie vor nur unzulänglich. Es fehlt neben Konzepten zur interkulturellen Öffnung an der Beschäftigung von Personen mit entsprechenden interkulturellen und sprachlichen Kompetenzen sowie Migrationserfahrung im eigenen Lebensumfeld.

Eine erleichterte Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungs- und Berufsabschlüssen ist in diesem Zusammenhang eine zentrale politische Forderung unseres Verbandes.

Unser besonderes Augenmerk bei der interkulturellen Öffnung gilt den Bereichen Bildung und Erziehung. Wir setzen uns dafür ein, dass Interkulturalität bei bildungspolitischen Entscheidungen sowie bei der Gestaltung von Bildungsprozessen mehr Berücksichtigung findet.

Wir unterstützen Konzepte und Initiativen, die das Potenzial interkultureller Ressourcen und Kompetenzen erkennen und fördern:

- Mehrsprachigkeit sowie die Fähigkeit, sich in unterschiedlichen kulturellen Lebenswelten zu bewegen, sind wertvolle Ressourcen von Kindern aus binationalen und eingewanderten Familien. Sie müssen in Bildungsplänen und -einrichtungen stärker beachtet werden.
- Modelle bilingualer Kindertageseinrichtungen und Schulen sowie Konzepte mehrsprachiger Alphabetisierung haben sich als erfolgreiche Ansätze erwiesen. Sie sind weiter zu entwickeln und auszubauen.
- Kinder und Jugendliche benötigen für ihre Identitätsfindung positive Vorbilder. Unterstützende Angebote (z.B. in afrodeutschen Kindergruppen) haben für unseren Verband eine besondere Bedeutung.

Bildungserfolge von Kindern sind abhängig von der Vorbildung und der soziokulturellen Herkunft der Eltern. Sowohl Eltern als auch Lehrende sollten sich stärker mit Fragen der Erziehung und des Aufwachsens in interkulturellen Lebenswelten auseinandersetzen, z.B. im Rahmen der Familienbildung und -beratung.

Wir treten dafür ein, dass Themen der interkulturellen Erziehung in außerschulischen Angeboten und in der Erwachsenenbildung strukturell verankert werden.

Zur interkulturellen Öffnung von Bildungs- und sozialen Einrichtungen bedarf es entsprechender Aus- und Fortbildung des Fachpersonals.

Wir unterstützen Ausbildungskonzepte und Lehrpläne, die Fachwissen, Sprachbewusstheit sowie interkulturelle Kompetenz miteinander verbinden.

### ***Wir setzen uns für die Stärkung der Rechte unserer Zielgruppen ein***

Die Familien- und Lebensformen selbst bestimmen zu können gehört zu den bürgerlichen Freiheiten. Einschränkungen z.B. durch Aufenthaltsregelungen halten wir für unzulässig.

Paare sollen rechtlich die Möglichkeit erhalten, auch unverheiratet zusammen leben zu können. Dies bedarf eines Aufenthaltsrechts zum Führen einer Lebensgemeinschaft sowie zur Vorbereitung einer Eheschließung bzw. eingetragenen Lebenspartnerschaft.

Wir setzen uns dafür ein, dass die formalen Anforderungen an Eheschließungen und an die Begründung eingetragener Lebenspartnerschaften transparent und überschaubar gestaltet werden. Eheschließungen bzw. eingetragene Lebenspartnerschaften sollen zeitnah erfolgen können. Eine behördliche Überprüfung der Privatsphäre ist zu unterlassen.

Zum Familienleben gehört, Angehörige aus dem Ausland zu Besuch oder zu familiären Anlässen auch kurzfristig empfangen zu können.

Wir setzen uns dafür ein, dass eine rasche Bearbeitung von Besuchervisa für Familienangehörige einschließlich einer wohlwollenden Prüfung des Einreisebegehrens und die großzügige Erteilung von Visa für mehrmalige Einreisen möglich wird.

Der Familiennachzug aus Ländern außerhalb der Europäischen Union ist im nationalen Aufenthaltsrecht geregelt und unterliegt diskriminierenden gesetzlichen Vorgaben und behördlichen Eingriffen. Paare und Familien empfinden sie oft als Willkürmaßnahmen und sehen darin eine Menschenrechtsverletzung.

Wir fordern, dass diese Regelungen zurückgenommen werden. Rechtliche Vorgaben haben die Einheit von Familie sowie ihr Zusammenleben im Bundesgebiet zu beachten.

Der Familiennachzug zu Unionsbürger/innen ins Bundesgebiet richtet sich nach den Freizügigkeitsregelungen der Europäischen Union und ist oft großzügiger gefasst als im nationalen Aufenthaltsgesetz. Deutsche unterliegen im eigenen Land den restriktiveren nationalen rechtlichen Vorgaben und werden somit gegenüber Unionsbürger/innen schlechter behandelt.

Wir fordern, dass diese Diskriminierung aufgehoben wird.

Das vollständige Wahlrecht und damit die umfassende gesellschaftliche Partizipation haben derzeit nur deutsche Staatsbürger/innen. Eingewanderte Menschen erhalten dieses Recht sowie die Möglichkeit der Mitgestaltung durch die Einbürgerung. Sie behalten jedoch einen Bezug zu ihrem Herkunftsland, auch wenn sie in Deutschland zu Hause sind und auf Dauer in Deutschland leben werden. Viele Menschen wollen dies durch zwei Staatsangehörigkeiten ausdrücken.

Wir setzen uns für die Akzeptanz und Zulassung mehrfacher Staatsangehörigkeiten ein. Die Stärkung der Rechte von Kindern ist uns ein Anliegen. Kinder haben ein Recht auf das Zusammenleben mit ihren Eltern bzw. Elternteilen unabhängig ihrer Herkunft und Staatsangehörigkeit.

Wir treten dafür ein, dass diesem Umstand aufenthaltsrechtlich in vollem Umfang Rechnung getragen wird, z.B. durch die aufenthaltsrechtliche Berücksichtigung von Umgangskontakten.

Ebenso fordern wir die Rücknahme des Vorbehalts in der UN-Kinderrechtskonvention durch die Bundesregierung.

### ***Wir unterstützen unsere Zielgruppen bei der Durchsetzung ihrer Interessen und fördern das bürgerschaftliche Engagement***

Wir informieren und beraten unsere Zielgruppen in allen Fragen des binationalen/bikulturellen Alltags. Wir stärken sie durch psychosoziale Angebote. Dabei legen wir Wert auf die fachliche Kompetenz unserer Berater/innen sowie der Einhaltung der Qualitätsstandards des Verbandes.

Wir ermutigen interkulturell lebende Menschen ihre persönliche Handlungsfähigkeit zu erweitern, aktiv gegen Diskriminierung und für ihre Rechte einzutreten und sich an der Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft zu beteiligen. Dafür stellen wir kommunikative Angebote, Räume sowie Fachwissen zur Verfügung.

Wir nehmen Einfluss auf politische Entscheidungen und rechtliche Vorhaben der Bundesregierung durch Stellungnahmen, auf Anhörungen und durch die Mitarbeit in Gremien.

Wir informieren die Öffentlichkeit über die Herausforderungen und Chancen interkulturellen Zusammenlebens durch eine enge Zusammenarbeit mit den Medien sowie durch eigene Publikationen.

### **Struktur und Zusammenarbeit**

Unser Verband ist bundesweit organisiert. Die regionalen Gruppen verfolgen im Rahmen unserer Satzungsziele eigene inhaltliche Schwerpunkte, die sich nach den strukturellen Bedingungen und den relevanten Themen vor Ort ausrichten.

Dabei entstehen Ideen und Projekte, die gebündelt und intern vernetzt als Potenzial nach außen wirksam werden.

Wir erbringen Leistungen für öffentliche Auftraggeber. Wir kooperieren mit Behörden und öffentlichen Institutionen. Wir arbeiten mit demokratischen Organisationen und Verbänden national und europaweit zusammen.

Mit unseren Kenntnissen und Erfahrungen wirken wir hinein in Forschung und Wissenschaft und die entsprechende Fachöffentlichkeit.

\*\*\*